

»Wir müssen
hart gegen eine
Beitragserhöhung
in Kitas kämpfen.«

Tilo Kießling



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresder Stadtrat

Februar 2020

Gemeinsam stark für Dresden

LINKE, Grüne und SPD führen ihre Kooperation bis 2024
fort und setzen sich im Stadtrat weiterhin gemeinsam
für ein gerechtes, soziales und ökologisches Dresden ein.

» Seite 3

Um Mehrheiten ringen

Die Fraktionen von SPD, Grünen und DIE LINKE haben sich auf ein Kooperationspapier geeinigt. Mitte Januar hat diesem auch der Stadtverband der LINKEN zugestimmt.

In den vergangenen Monaten sind immer wieder Fragen nach der Sinnhaftigkeit einer rot-rot-grünen Kooperationsvereinbarung gestellt worden – im Stadtrat verfügen die drei Fraktionen gemeinsam mit zwei fraktionslosen Stadträten über 35 von 70 Stimmen, also über keine eigene Mehrheit.

Ein Grund, die Segel zu streichen? Mitnichten! Weniger der Inhalt der Kooperationsvereinbarung, mehr die Tatsache, dass es sie überhaupt gibt, zeugen von dem unbedingten Willen aller Beteiligten, Verantwortung in Dresden zu übernehmen und um Mehrheiten im Stadtrat zu ringen. Anders geht es

auch nicht, denn es gibt – wie diese Zeitungsausgabe eindrücklich zeigt – drängende Fragen, die von links beantwortet werden müssen.

Ohne Rot-Rot-Grün hätte es eine Chipkarte zur einfacheren Krankenbehandlung von Asylsuchenden nicht gegeben. Gemeinsam haben wir die Kita-Beiträge für das nächste Jahr eingefroren. Aber nicht nur das: DIE LINKE braucht diese Kooperation, um weiter auf ein soziales Dresden hinzuarbeiten. Grüne und SPD wiederum brauchen DIE LINKE als soziales Korrektiv. Von links wurde dem Wohnungskonzern Vonovia der Kampf angesagt, der seine Dresd-

ner Wohnungen nun mit einer halben Milliarde Euro beleiht. Wir sind es, die bei der Zukunftstechnologie 5G fragen, wie gesundheitliche Bedenken gegenüber Konzerninteressen geschützt werden können ohne gleich die große Maschinenstürmerei anzuzetteln.

Die Wahlergebnisse der vergangenen Monate haben den etablierten Parteien möglicherweise auch aufgetragen, Verantwortung für sachorientierte Lösungen zu übernehmen und um Mehrheiten für eigene Vorschläge zu ringen. Das erfordert einen langen Atem – mit der Kooperationsvereinbarung ist ein erster Schritt getan. *Thomas Feske*

KULTURHAUPTSTADT

Wie geht's weiter?

Dresden bewarb sich in einem längeren Prozess um den Titel »Europäische Kulturhauptstadt 2025«. Drei Jahre lang beschäftigte sich der Stadtrat mit dem Thema und beauftragte den Oberbürgermeister einstimmig, eine Bewerbung der Landeshauptstadt Dresden gemäß den strukturellen und konzeptionellen Rahmenbedingungen vorzubereiten und die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Das Programm zur Bewerbung sollte nicht nur von künstlerischen Direktoren entwickelt werden, sondern zu einem großen Teil von den Dresdner*innen selbst. Die Integration aller Bevölkerungsgruppen war ein wesentlicher Teil der Entstehungsphilosophie.

Doch Ende letzten Jahres kam die große Ernüchterung: Dresden schied bereits in der ersten Runde aus. Was bleibt nun von dem Bewerbungsprozess übrig? In einem Interview kommt Dresdens Kulturbürgermeisterin Annetkatrin Klepsch zu Wort. » Seite 6

Atempause in der Diskussion

Eine Trendwende in der Haltung des Stadtrates zu Kitabeiträgen ist erreicht. LINKE-Einsatz für Beitragsstabilität zeigt bisher Wirkung.

Jahrzehntlang gab es eine stille Übereinkunft im Rat: Die Stadt Dresden erhebt die Kitabeiträge an der Obergrenze des gesetzlich möglichen. Finanznöte des Haushaltes, ambitionierte Ausbauprogramme zur Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kitaplatz und die begleitenden sozialen und steuerrechtlichen Regelungen begründeten dies. So gilt immer noch: Etwa ein Drittel der Eltern zahlt auf Grund ihrer Bedürftigkeit keine Kitabeiträge, es gibt Ermäßigungen für ein Geschwisterkind und Beitragsfreiheit für das Zweite. Alleinerziehende haben einen ermäßigten Beitrag und diejenigen, die etwas zahlen müssen, können davon einen guten Teil steuerlich geltend machen.

Dennoch liegt die Beitragshöhe für Krippe, Kindergarten und Hort in Dresden im Sachsenvergleich an der Spitze. Deshalb hat DIE LINKE in

ihrem Kommunalwahlprogramm festgelegt, dass sie gegen weitere Beitragserhöhungen ist. Schon vor der Kommunalwahl haben wir deshalb eine Erhöhungsvorlage abgelehnt. Da während des Wahlkampfes auch andere Parteien keiner Erhöhung zustimmen wollten und Ablehnung signalisierten, wurde diese Vorlage dann vom Oberbürgermeister bis nach der Wahl vertagt.

Als diese Vorlage wieder auftauchte, konnte man in der Debatte spüren, wie sehr sich die anderen Parteien quälen. Ein interner Konflikt zwischen Finanz- und Sozialpolitiker*innen. Die Ablehnung aus der Vorwahlzeit konnte man nicht einfach so zurücknehmen, auf das Geld der Eltern wollte man aber auch nicht unbedingt verzichten. Gleichzeitig stellte sich heraus, dass die geplanten Ausgaben für die Kitabetreuung nicht nötig waren. Grund hierfür ist der Personalmangel: Es sind viele Stellen nicht besetzt, so dass deren Gehalt zwar im Plan steht aber nicht ausgezahlt wurde.

Herausgekommen ist am Ende eine Ablehnung der Erhöhungsvorlage verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, einen erneuten Vorschlag zu machen, in dem die Erhöhung »gedämpft« werden soll. Dem konnten wir zustimmen, es stellt eine Atempause dar und »Dämpfung« kann auch Dämpfung auf null bedeuten. Wenn die Stadtverwaltung diese Vorlage dann erarbeitet hat gilt aber für unsere Fraktion wieder unser Wahlprogramm. Und das sagt: Keine Erhöhung der Kitabeiträge! *Tilo Kießling*



In den nächsten Monaten müssen wir hart dafür kämpfen, eine Beitragserhöhung dauerhaft auszuschließen.



Endlich kann die vorsintflutliche und diskriminierende Praxis der Behandlungsscheine umgestellt werden.

SOZIALE TEILHABE

Gesundheit frei von Diskriminierung

In der letzten Stadtratssitzung des Jahres, am 12. Dezember 2019, haben wir beschlossen, dass auch in Dresden Asylsuchende für ihre medizinische Versorgung künftig eine Krankenkassenchipkarte erhalten sollen. Somit müssen sie nicht mehr wie bisher vor jedem Arztbesuch einen Krankenschein im Sozialamt abholen. Die Vorlage der Verwaltung geht zurück auf einen Antrag der LINKEN, Grünen und SPD aus dem Jahr 2015. Schon in der vorhergehenden Wahlperiode hatte sich die Linksfraktion für die Einführung einer solchen Karte eingesetzt.

Die aktuelle Gesetzeslage sieht vor, dass Asylsuchende ab dem 15. Monat ihres Aufenthalts eine entsprechende Chipkarte bekommen, vorher entscheiden die Kommunen bzw. Bundesländer. Bereits 2005 hat Bremen die Chipkarten vom ersten Tag an erfolgreich eingeführt, mittlerweile sind acht weitere Bundesländer diesem Beispiel gefolgt. In Sachsen allerdings verweigert es die Staatsregierung diese Erleichterung umzusetzen.

Dabei sind die Erfahrungen mit der Chipkartenpraxis durchweg positiv. So können Asylsuchende nun jede Praxis ihrer Wahl aufsuchen und nicht nur die wenigen, die einen Behandlungsschein akzeptieren. Auch der Umweg über das Sozialamt vor einem Arztbesuch fällt weg. Und schließlich entfällt in der Verwaltung ein bürokratischer Vorgang, der bisweilen zehn Mitarbeiter*innen beschäftigt hat.

Nun endlich können wir auch in Dresden dieses erfolgreiche Modell einführen. *Pia Barkow*

GLEICHSTELLUNG

Gewaltfreies Dresden

Deutschland hat vor genau zwei Jahren die Istanbul-Konvention ratifiziert, ein Abkommen des Europarates zur Bekämpfung von jeglicher Form von Gewalt, vor allem gegen Frauen. Ein besonderes Augenmerk legt die Konvention auf häusliche Gewalt und schließt dort aber auch betroffene Männer und Kinder mit ein.

Ein Antrag im Dresdner Stadtrat fordert nun den Oberbürgermeister auf, ein Konzept für die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Dresden

vorzulegen. Dazu sollen die Plätze in Schutzeinrichtungen ausgebaut und ein barrierefreier Um- bzw. Neubau angestrebt werden. Da in Dresden bereits Frauen wegen unzureichender Plätze abgewiesen werden mussten.

DIE LINKE unterstützt diesen Antrag. Wir sollten uns nicht auf den bereits geschaffenen Strukturen ausruhen sondern weitere Verbesserungen anstreben und weitreichende Maßnahmen für den Schutz von Gewalt betroffenen Menschen ergreifen und uns dazu um eine ausreichende Finanzierung bemühen. *Caroline Lentz*



Mit der sogenannten Istanbul-Konvention soll jegliche Form von geschlechtsspezifischer Gewalt bekämpft werden.

DIE LINKE kooperiert mit den Grünen und der SPD im Stadtrat

In einer gemeinsamen Vereinbarung haben sich die Fraktionen verständigt, ihre Zusammenarbeit bis 2024 fortzusetzen und sich im Stadtrat für ein gerechtes, soziales und ökologisches Dresden einzusetzen



André Schollbach stellt gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden Dana Frohwieser (SPD-Fraktion) und Tina Siebeneicher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) die Kooperationsvereinbarung vor.

Bereits in der vergangenen Wahlperiode (2014 bis 2019) bildete DIE LINKE mit Grünen und SPD eine Kooperation im Dresdner Stadtrat. Nach der Kommunalwahl wurden erneut Verhandlungen über eine Zusammenarbeit zwischen diesen Fraktionen aufgenommen. Die Gespräche konnten im Dezember mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung für die Jahre 2019 bis 2024 erfolgreich abgeschlossen werden.

Was haben der Freistaat Thüringen und die Landeshauptstadt Dresden gemeinsam? Die Antwort ergibt sich, wenn man die Entwicklung der vergangenen Monate betrachtet: Sowohl in Thüringen als auch in Dresden sind die politischen Verhältnisse weder gewöhnlich noch einfach. Gleichzeitig eröffnen die jeweiligen Konstellationen einige Gestaltungsspielräume für Rot-Rot-Grün. Hier wie dort verfügt ein solches Bündnis über keine eigene absolute Mehrheit. Welche Gründe sprechen dennoch für eine Zusammenarbeit von SPD, Grünen und LINKEN?

Zunächst kann man zurückblicken und Bilanz ziehen über die bisherige gemeinsame Arbeit und das dabei Erreichte. In Dresden wäre ohne die Kooperation in den vergangenen fünf Jahren weder ein Sozialticket für Bus und

Bahn eingeführt noch eine neue städtische Wohnungsbaugesellschaft für den sozialen Wohnungsbau gegründet worden. Auch die vollständige Rekommunalisierung der Drewag sowie deutliche finanzielle Verbesserungen in den Bereichen Jugendhilfe und Kultur hätte es nicht gegeben. Nun gilt es, zunächst das Erreichte zu verteidigen, dort wo Weichen neu gestellt wurden, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen sowie neue Vorhaben anzugehen. Um in einer Halbmillionenstadt wesentliche Veränderungen nachhaltig durchzusetzen, bedarf es eines längeren Zeitraums als nur einer einzigen Wahlperiode.

Einfluss rechter Kräfte verhindern

Zudem gilt es, die Alternative zur Bildung einer Kooperation aus SPD, Grünen und LINKEN zu betrachten: Käme eine solche Konstellation nicht zustande, folgte wahrscheinlich eine wie auch immer geartete engere Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen einerseits und CDU andererseits. Die inhaltlichen Schwerpunkte würden sich im politischen Koordinatensystem nach rechts verschieben. Auch eine Situation mit weitgehend ungeordneten Verhältnissen erscheint nicht ganz unrealistisch. Für diesen Fall bestünde die

Um nachhaltig Veränderungen durchzusetzen, bedarf es eines längeren Zeitraums.

André Schollbach

Gefahr, dass extrem rechte Kräfte realen Einfluss auf wesentliche Entscheidungen erlangen. Angesichts dieser Sachlage kommt der LINKEN eine besondere Verantwortung zu: Sie kann wesentlich und real dazu beitragen, dass extrem rechte Gruppierungen die Geschichte der sächsischen Landeshauptstadt nicht (mit-)bestimmen.

Zwar verfügen SPD, Grüne und LINKE nicht über eine eigene absolute Mehrheit. Indes können sie gemeinsam mit 33 Stadträtinnen und Stadträten ein nicht unerhebliches Stimmgewicht für ihre Vorhaben in die Waagschale legen. Zudem neigen die fraktionslosen Stadträte Dr. Martin Schulte-Wissermann (Piraten) und Max Aschenbach (Die PARTEI) erkennbar nicht der konservativen Seite des Stadtrates zu. Bei

zahlreichen Themen gibt es inhaltliche Übereinstimmungen der beiden Stadträte mit Rot-Rot-Grün.

Vor diesem Hintergrund wurde die Kooperationsvereinbarung nach intensiv geführten Verhandlungen unter anderem mit folgenden Vorhaben abgeschlossen:

Der Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaft soll über die gesamte Stadt verteilt bis zum Jahr 2024 auf mindestens 2.500 Wohnungen anwachsen. Zum Schutz bestehender Quartiere will die Kooperation Milieuschutzsatzungen beschließen.

Für das städtische Klinikum soll ein medizinisches Zukunftskonzept initiiert und sichergestellt werden, dass die notwendigen Investitionen in den nächsten Jahren getätigt werden können. Dazu gehören auch gute Arbeitsbedingungen und Tarifentlohnung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bis zum Jahr 2025 sollen mindestens 50 Prozent des Drewag-Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Zudem soll das Dresdner Fernwärmenetz weiter ausgebaut werden. Für die Pflanzung von jährlich mindestens 500 neuen Straßenbäumen und den Erhalt von Altbäumen sollen die erforderlichen finanziellen Gelder bereitgestellt werden.

Der Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs soll bis zum Jahr 2024 von derzeit 22 auf dann 25 Prozent ausgebaut werden, das Sozialticket will die Kooperation erhalten. In den Ausbau und die Sanierung von Rad- und Fußwegen soll deutlich mehr Geld investiert werden.

Die kommunale Förderung soll so weiterentwickelt werden, dass Künstlerinnen und Künstler gute Bedingungen und eine faire Bezahlung für ihre Arbeit erhalten. Die personelle Ausstattung der Jugendhilfeangebote soll mindestens auf dem erreichten Niveau beibehalten werden. Die sozialen Angebote in den Stadtteilen sollen erweitert und die Stadtbezirke durch die Erhöhung der Budgets von 10 auf 25 Euro je Einwohnerin und Einwohner gestärkt werden.

André Schollbach

Mehr Infos

Die Kooperationsvereinbarung ist im Internet auf der Seite der Stadtratsfraktion abrufbar:

■ www.linke-fraktion-dresden.de

Kiessee Leuben – Segen und Fluch

Das Bade-, Tauch-, Angel- und Wasserskiparadies wurde schon mehrfach zur tödlichen Falle. So titelte die Bild-Zeitung »Badeirrsinn an Dresdens größtem Baggersee«.

Ja, es stimmt. Tödliche Badeunfälle passieren in der »Kiesgrube Leuben« oder »Kiessie«, wie sie von Dresdnerinnen und Dresdnern genannt wird leider immer wieder. Gebadet wird, obwohl das offiziell verboten ist.

Verboten muss es auch sein, solange noch Technik im Wasser ist, solange die Stelle nicht als Badestelle gesichert und freigegeben ist. Das wäre sonst höchst fahrlässig von der Stadtverwaltung. In den vergangenen Jahren sind bereits sieben Menschen in der Kiesgrube ertrunken.

Außer zum Wasserskifahren, da gibt es bereits jetzt an der Kiesgrube Leuben-Nord die Möglichkeit zum Angeln oder Tauchen. Durch eine Tauchbasis mit einer künstlichen Unterwasserwelt wird der Tauchgang zu einem tollen Unterwassererlebnis. Warum nicht auch das Baden offiziell erlauben? Das liegt nahe.

Geht es nach der SPD, soll auf dem Areal ein »Caravan Beach Dresden« entstehen. Sicherer Badespaß, Caravan-Stellplätze und ein vielfältiges Freizeitangebot soll geschaffen werden. Ist es das, was wir an dieser Stelle brauchen? Die Anlieger*innen werden es schon wissen, dass der Investor



Soll der Kiessee Leuben künftig zu einem sicheren Badensee umgestaltet werden?

Hans-Peter Fritsch große Pläne mit diesem Areal hat. Er will auf der Fläche zwischen dem Kiessee und der Leubener Straße einen Caravanstellplatz mit

**Freizeitspaß
hat nur in einer
intakten Umwelt
eine Zukunft.**

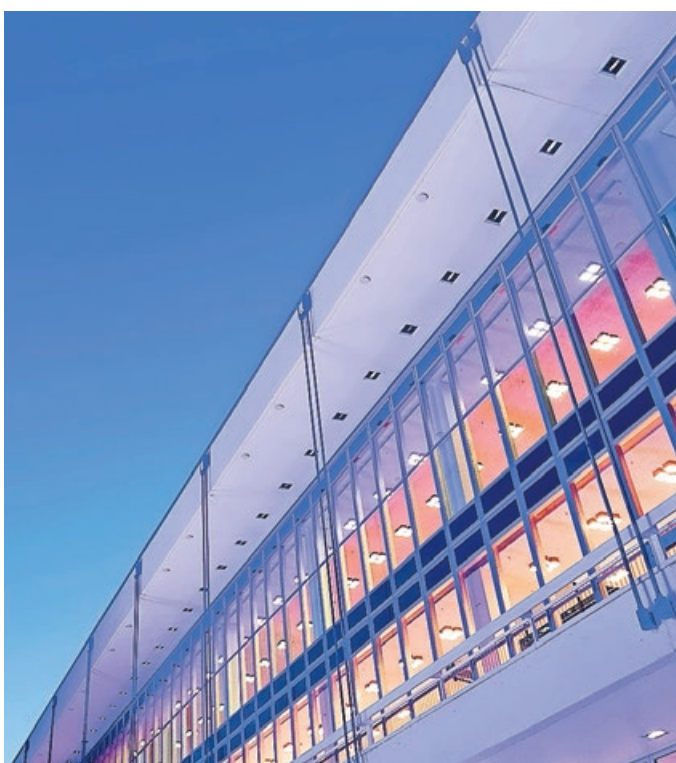
Sanitäranlagen einrichten. Am Ufer sollen ein offizieller Badestrand mit zwei Volleyballplätzen, ein Spielplatz, einer kleinen gastronomischen Einrichtung und einer Station der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft entstehen. Natürlich, wenn Baden offiziell würde, braucht es den Einsatz von Rettungsschwimmern.

Doch wie häufig bei solchen geplanten Veränderungen, bei Eingriffen in die Natur gibt es auch nachvollziehbare warnende Stimmen. Negative Folgen

für die Natur sind wahrscheinlich und mit mehr Lärm von Badegästen und Wohnmobil-Urlaubern wäre zu rechnen. Brauchen wir in unserer hektischen Zeit nicht gerade auch Oasen der Ruhe und Platz für die Natur, wenn Dresden, wie andere Großstädte auch, immer enger bebaut wird? Wir brauchen nicht nur Ausgleichsfächen für neu versiegelte Flächen, wir brauchen auch mehr Grün in der Stadt für uns und Lebensraum für Tiere.

Aufgrund des Antrages der SPD sollen nun in einem ersten Schritt die wasserrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer offiziellen Badestelle geprüft werden. Gehen wir Schritt für Schritt vor und bedenken bei Folgeschritten immer auch die Folgen für Mensch und Natur. Der Flächenverbrauch muss reduziert werden. Freizeitspaß und Entspannung haben nur in einer intakten, gesunden Umwelt eine Zukunft.

Bleibt zu hoffen, dass es im kommenden Sommer nicht noch weitere Badetote an dem gefährlichen Gewässer zu beklagen geben wird. Deshalb von mir der Appell: Bleibt dem Kiessie zum Baden fern, bis eine tragfähige Lösung gefunden sein wird. *Dr. Margot Gaitzsch*



Mehr Bäume am Kulturpalast? Ein Schutz vor der Sonne wäre im Sommer jedenfalls notwendig.

STADTBILD

Über Bäume und Plätze

In der zu erwartenden Erwärmung der innerstädtischen Bereiche wird im Moment viel zu Bäumen und Pflanzungen gesprochen. Je weniger Grün und Wasser vorhanden ist, desto stärker heizen sich Straßen und Plätze im Sommer auf. Die Aufenthaltsqualität ist deutlich gemindert bis hin zu gesundheitlichen Gefahren für Mensch und Tier.

Manche der innerstädtischen Orte sind architektonisch jedoch ohne Bepflanzung geplant gewesen.

Neuestes Beispiel ist die Situation vor dem Dresdner Kulturpalast. An den immer häufiger werdenden Hitzetagen ist es fast unerträglich an den hübsch gestalteten Brunnen zu sitzen. Die Idee, dort Bäume zu pflanzen, kann zwar aufgrund von förderungstechnischen Auflagen nicht umgesetzt werden, es sind jedoch Varianten mit Pflanzkübeln im Antragsverfahren im Stadtrat. Zwischenzeitlich wurden auch Sonnensegel in Erwägung gezogen. Egal, wel-

che Lösung gefunden wird, der Blick auf den Kulti wird sich ändern, bzw. anders darstellen, wie er vom Erbauer gedacht war. Und das Werk ist zusätzlich noch durch den Denkmalschutz erfasst, der auch für die unmittelbare Umgebung gilt. Wir dürfen also darauf vertrauen, dass die entsprechenden Schutzbehörden jegliche Ideen genauestens prüfen, inklusive der künftigen Sicht auf den Kulti.

Das Problem wird uns in den nächsten Jahren an vielen Enden und Ecken ereilen. Bäume zu pflanzen gilt als eines der wenigen unbestrittenen Mittel, die durch CO₂-Freisetzung in die Atmosphäre bedingte Erderwärmung abzumildern. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass sich unsere Innenstadt vom Antlitz her in Richtung grün verändert muss. Und das kann lieb gewordene Ansichten und ästhetisch prägende Sichtachsen beeinträchtigen. Trotzdem kann ein Baum die Temperatur seiner unmittelbaren Umgebung im Sommer spürbar senken.

Magnus Hecht

»Trump hat einen
großen außen-
politischen Erfolg
kaputt gemacht.«

Dr. Cornelia Ernst



MITTENDRIN

Sozialistische Schrift für Dresden

Februar 2020

Kreativ gegen Kriegstreiberei

DIE LINKE in Sachsen ruft zum Widerstand
gegen das NATO-Manöver Defender 2020 auf.

» Seite 7



Krieg und Frieden

DIE LINKE und ihre Verantwortung in einer
sich verschärfenden weltpolitischen Konfrontation.

Das neue Jahrzehnt startete gleich mit einem großen Knall. Durch die gezielte Tötung des hochrangigen Generals Qasem Soleimani kam es zu einer neuerlichen Eskalation des seit Jahren schwelenden Konflikts zwischen den USA und Iran. Die anschließenden Massenproteste sowie die unbeholfen wirkenden Schlichtungsversuche der Europäischen Union zeigen einmal mehr die Instabilität der politischen Situation im Nahen Osten auf.

Da sich die EU auch weiterhin mit einer Zuschauerrolle zu begnügen scheint, können wir nur hoffen, dass es internationalen Diplomaten*innen gelingen wird, diesen Konflikt end-

lich nachhaltig zu entschärfen. Das Interesse an einer friedlichen Lösung muss stärker sein als die Profitinteressen der internationalen Rüstungsunternehmen.

Dass Deutschland als Standort zahlreicher US-Militärbasen im Falle einer militärischen Eskalation unmittelbar am Kriegsgeschehen teilhaben würde, scheinen die verantwortlichen Politiker*innen auf Bundesebene erfolgreich auszublenden. Im Gegenteil: Beim geplanten NATO-Großmanöver »Defender Europe 2020« zeigt sich die BRD bereits jetzt als guter Gastgeber und ist gleich doppelt beteiligt, indem sie die Truppenverlegung ko-

ordiniert und sich gleichzeitig mit eigenen Soldat*innen beteiligt.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die dieses Säbelrasseln in Richtung Russland kategorisch ablehnt. Wir brauchen in unserem Land keine großangelegten Kriegsübungen, sondern endlich einen neuen Anlauf zur internationalen Abrüstung. Nur so kann es gelingen, dass die neuen Zwanziger Jahre wirklich golden werden und nicht, wie vor 100 Jahren, in der Katastrophe enden. Ich rufe alle Genoss*innen unseres Stadtverbandes ausdrücklich dazu auf, sich an den Protesten gegen diese Militäraktion zu beteiligen.

Anne Holowenko

EDITORIAL

Datum im Schatten

Es geht in dieser Zeitung um Krieg und Frieden. 75 Jahre ist er her, der letzte Krieg, der auch in unserer Stadt tiefe Spuren hinterließ. Alljährlich wird deswegen am 13. Februar in dieser Stadt geredet, gepredigt, diskutiert, gestritten, polemisiert, demonstriert und blockiert, dieses Jahr zum 75. Mal. Ein zweites Datum blieb erstaunlich im Schatten. Zwölf Wochen nach diesem 13. Februar 1945 wurde die Stadt von der Barbarei befreit, durch die Rote Armee. In meiner Kindheit wurden die Angehörigen jener Befreiungsarmee manchmal ernsthaft, manchmal ironisch als »die Freunde« bezeichnet. Als sie knapp 50 Jahre später die Stadt wieder verließen, wurden »die Freunde« zu »guten Nachbarn in Europa« zurückgestuft. Heute wünscht man sich, es wäre wenigstens dabei geblieben. In diesem Jahr sollen US-Truppen auf dem Weg nach Osten durch Sachsen ziehen, ein »Signal an Russland« soll es werden. »Säbelrasseln« nannte man das früher. Es wird höchste Zeit, etwas zu tun und höchste Zeit, der Befreier am 8. Mai zu gedenken. Jens Matthis

Ein Update für den Sozialstaat

Der Parteivorstand der LINKEN hat ein Konzept für einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft erarbeitet und beschlossen.



Katja Kipping mit den Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch

»Die Menschenwürde muss nicht erarbeitet werden«. Dies stellte das Bundesverfassungsgericht im letzten Jahr fest. Schön, dass wir nun höchstrichterlich haben, was für uns als Sozialist*innen immer klar war: Der Sozialstaat der Zukunft muss die Menschenwürde respektieren und soziale Garantien für alle aussprechen. Davon sind wir allerdings noch weit entfernt. Daher gilt: Der Sozialstaat braucht

Die Zeit ist reif für einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft.

mehr als ein Update, er braucht ein neues Betriebssystem. Deshalb starten wir in das neue Jahr mit einem alternativen Ordnungsangebot: Einem Konzept für den demokratischen Sozialstaat der Zukunft. Der demokratische Sozialstaat der Zukunft beinhaltet für uns bessere Leistungen für Menschen in Not, aber er ist viel mehr als das. Wir müssen den Wohlstand, den wir sichern und mehren wollen, neu definieren. Wohlstand ist mehr als Warenkonsum.

Prinzipien für den Sozialstaat der Zukunft

Die Agenda 2010 hat Mechanismen des Sozialstaats als Instrument der Disziplinierung und Entmutigung genutzt, um Menschen fertig zu machen und klein zu halten. Damit die unten Angst haben und die oben absahnen können. Gegen diese Ungerechtigkeiten und Fliehkräfte setzen wir einen LINKEN Sozialstaat, einen demokratischen Sozialstaat, der soziale Sicherheit, soziale Garantien mit Gerechtigkeit verbindet und die Gesellschaft zusammenhält.

Erreichen wollen wir das mit den folgenden ineinandergreifenden Prinzipien:

- mit organisierter Solidarität in den sozialen Sicherungssystemen
- mit sozialem Ausgleich zwischen starken und schwachen Schultern
- mit sozialen Rechten, die den Einzelnen garantiert sind: sozialen Garantien mit sozialen – Dienstleistungen und öffentlichen Infrastrukturen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge:
- mit einer universellen Grundversorgung auch im ländlichen Raum.
- mit guter Arbeit, die sicher ist und zum Leben passt

Die Zeit ist reif, dass Gewerkschaften, Sozialverbände und alle Kräfte, die einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft wollen, zusammenkommen, um dagegen zu halten. Und gemeinsam einen demokratischen Sozialstaat der Zukunft erkämpfen. Die Partei DIE LINKE wird sich an diesen Kämpfen aktiv beteiligen, sie unterstützen und vorantreiben.

Katja Kipping

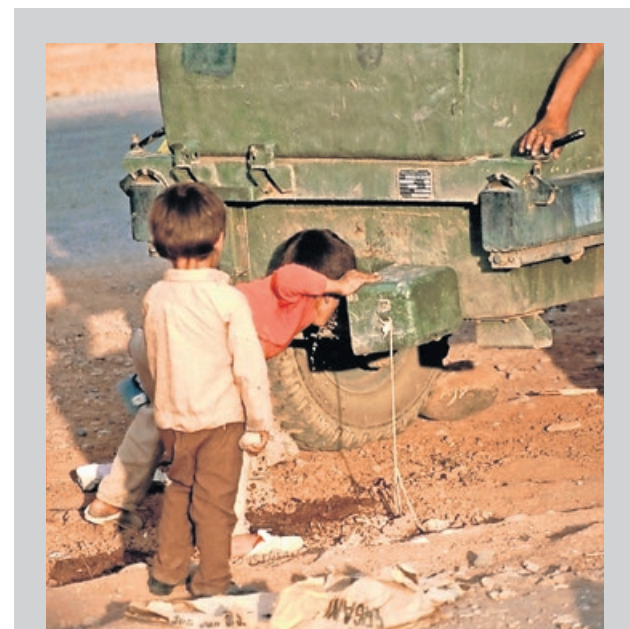
DRITTE STUFE DES BUNDESTEILHABEGESETZES

Als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet

Es gab einige wenige Verbesserungen mit dem Bundesteilhabegesetz. Eine der wichtigsten Neuerungen in der dritten Stufe des Bundesteilhabegesetzes, neben der Anhebung des Vermögensfreibetrages auf 50.000 Euro, ist die Trennung von fach- und existenzsichernden Leistungen. Hiervon sind vielfach Wohnheimbewohner und Werkstättenempfänger betroffen. Ich finde diesen Schritt auf dem Weg zu mehr Teilhabe richtig. Die Betroffenen hätten aber viel mehr informiert werden müssen! Zu guter Letzt steht da noch die Einführung des ITP (Integrierter Teilhabeplan) Sachsen. Mag sein, dass mit diesem Instrument verwaltungsinterne Verfahren – zum Beispiel bei Beteiligung mehrerer Träger – beschleunigt werden sollen.

Allerdings ist aus Sicht der Betroffenen zu konstatieren, dass dies zu einem erheblichen Mehraufwand führt, da der Antrag in Sachsen nicht vom Betroffenen selbst, sondern vom Mitarbeiter ausgefüllt wird, und dieser dem Betroffenen den so ausgefüllten Punkte-Antrag nach einem Gespräch zuschicken und unterschreiben lassen muss. Dabei wird ein erheblicher zeitlicher Mehraufwand zu befürchten sein, zumal es schon vor der Einführung des ITP ein langwieriger Prozess war, Hilfe zu erhalten. Es wird vieles kleinteilig und bis ins Detail abgefragt. Zur Personenzentrierung: Es ist zwar zu begrüßen, dass dies im Vordergrund stehen soll – allerdings wird dieser Anspruch schon wieder mit der Tatsache, dass auch die Einschätzungen der Kostenträger und anderer Personen bzw. Institutionen mit einfließen können, völlig aufgeweicht und ad absurdum geführt. Aus der Perspektive eines linken Betroffenen wie mir bleibt hier also gewaltig viel Verbesserungsbedarf.

Birger Höhn



Besonders für Kinder ist die Situation auf den griechischen Inseln und dem Balkan katastrophal

Dank an alle Spender*innen

Liebe Spender*innen, im Januar fand im »Haus der Begegnung« und in der »Wir AG« in zwei Wellen eine Sammlung für Flüchtlingslager statt. Vielen Dank für die wirklich unerwartet vielen Spenden von Schuhen, Kinder- sowie Erwachsenenkleidung, Kinderwagen, Schlafsäcken sowie Koch- und Essgeschirr. Auch wenn solche Aktionen ohne große Vorbereitung logistisch eine Herausforderung sind, freue ich mich, dass wir als LINKE sichtbar waren. Im Haus der Begegnung ist nun auch eine Spendendose der Mission Lifeline (Seenotrettung) zu finden.

Kristin Hofmann

Das gesamte Konzept findet sich auf der Website unserer Partei, zu erreichen mit folgendem Kurzlink:

■ <http://gleft.de/3rj>



Zivile Logistik im Test für militärische Abenteuer

Der Krieg und seine Logistik: Defender 2020

Claudia Haydt über ein europäisches Mega-Militärmanöver mit starker deutscher Beteiligung.

Ein neuer großer Krieg in der Mitte Europas? Für die NATO und die USA ist dies schon länger kein abstraktes Szenario, sondern eine Option, die ganz konkret vorbereitet wird. Dabei drehen sich die Überlegungen kaum um die Auswirkungen einer solchen Konfrontation für die Bevölkerung, sondern vor allem darum, Krieg in Europa führbar zu machen. Der Chef der US-Landstreitkräfte, General James McConville, sieht in einem Krieg auf dem europäischen Kontinent nicht die Gefahr einer humanitären Katastrophe, sondern die eines logistischen Alptraums. Mit DEF 20 soll unter Beweis gestellt werden, dass es möglich ist, in kurzer Zeit große Mengen an Panzern und Soldaten quer durch Europa an die russische Grenze zu transportieren.

Deutschland als »Drehscheibe und Transitland«

Schon allein geographisch kommt Deutschland für die US-Militärpläne eine große Bedeutung zu, doch die Bundesregierung versteht sich spätestens seit der Veröffentlichung der jüngsten Konzeption der Bundeswehr ganz bewusst »als mögliche Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und

Zur Person

Claudia Haydt ist Mitglied des Bundesvorstandes der LINKEN und engagiert sich in der »Informationsstelle Militarisation« in Tübingen. Der Text ist eine gekürzte Version aus dem Magazin »IMI-Standpunkt« und auch online verfügbar. In ihrem in Co-Autorenschaft mit Jürgen Wagner verfassten Buch »Die Militarisation der EU: Der (un)aufhaltsame Weg Europas zur militärischen Großmacht« (ISBN-10: 3958410871) setzt sie sich mit den geostrategischen Zielen der europäischen Eliten auseinander.



Drehscheibe der Unterstützung.« Dieser Anspruch soll nun im Rahmen von DEF 20 unter Beweis gestellt werden. Im Zusammenhang mit dem Manöver soll von Januar bis Mai 2020 eingeübt werden, wie eine Division, also ein militärischer Großverband, quer durch Europa ins Baltikum und nach Polen verbracht werden kann.

Eine ganze Division US-Soldaten (Mannschaftsstärke circa 20.000 bis 25.000) und deren Material sollen aus den USA transportiert werden. Insgesamt werden wohl bis zu 40.000 Soldaten an dem Manöver beteiligt sein. Anfangs war die Rede davon, dass zehn Länder an der Übung beteiligt sein sollen, zwischenzeitlich wird von 15 NATO-Ländern und zwei Partnern berichtet. Die Verlegung der Truppen durch Deutschland und damit auch die Einbeziehung von Bundeswehrstandorten wird schwerpunktmäßig von April bis Mai 2020 stattfinden. Insgesamt sollen etwa 20.000 größere Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge aus den USA nach Europa verbracht werden.

Offene Grenzen für Panzer

Um Defender 2020 möglichst an echte Kriegsszenarien anzulehnen, gehören zum Beispiel auch eine Flußüber-

querung mit 11.000 Soldaten in Polen und Fallschirmabsprünge in Georgien zu den geplanten Aktivitäten. Es geht bei dem Manöver aber nicht allein darum, das militärische Gerät und die militärischen Kommandostrukturen zu testen, sondern auch deren Zusammenspiel mit zivilen Strukturen: »Mit der Unternehmung wird sowohl die [zivile] Infrastruktur als auch die Grenzpolitik getestet.« Damit schließt Defender direkt an Bemühungen auf EU-Ebene an, mit denen sowohl bürokratische Hürden für den Transport von Panzern und anderem Militärgerät quer durch Europa abgebaut werden sollen. In Zeiten von immer stärkeren Einschränkungen für die Freizügigkeit von Menschen sollen gleichzeitig Panzer ohne größere Hindernisse von einem Land ins andere rollen können.

Das Manöver soll auf vielen Ebenen Neuland betreten.

Erklärtes Ziel von Defender ist es, die Auseinandersetzung mit einem nahezu gleichstarken Gegner (near-peer adversary) zu simulieren und die Fähigkeit der USA zur »Machtprojektion« über den Atlantik hinweg zu beweisen. Das Manöver Defender soll zukünftig jedes Jahr wiederholt werden – nicht nur als transatlantisches Manöver, sondern auch jeweils parallel im Pazifikraum. Die Manöver sollen im jährlichen Wechsel als schwere und leichte Manöver stattfinden. Während 2020 das Manöver im Pazifik nur als sogenanntes leichtes Manöver durchgeführt wird, während das transatlantische Manöver einen großen Umfang hat, wird das Pazifikmanöver 2021 das Schwergewicht bilden.

Säbelrasseln statt mehr Sicherheit

Das Manöver soll auf vielen Ebenen Neuland betreten, so soll auch eine Weltraumkomponente in die gemeinsame Übung von US- und NATO-Streitkräften integriert werden. Die US-Armee plant einen ersten Prototypen des taktischen Weltraum-Systems TITAN (Tactical Intelligence Targeting Access Node) während der multinationalen Defender-Europe 20 Manövers einzusetzen. Diese Technologie setzt auf zahlreiche Sensoren und nutzt künstliche Intelligenz, um die Unmenge an erhobenen Daten zu verarbeiten. Ob solches Säbelrasseln wirklich mehr Sicherheit bringt, darf bezweifelt werden – es steht im Gegenteil zu befürchten, dass durch solche Manöver die Kriegsgefahr in Europa wächst. Deswegen ist es notwendig – und wegen der größeren Vorlaufzeit auch möglich –, sowohl dezentrale als auch bundesweite Aktionen der Friedensbewegung und hoffentlich zahlreicher Bündnispartner vorzubereiten.

Claudia Haydt

AG BILDUNG

Veranstaltungen
im Jahr 2020

Auf der letzten Beratung berichtete Florian Berndt über die erfolgreich abgeschlossene Etappe der Unterschriftensammlung zum Volksantrag »Längeres gemeinsames Lernen in der Schule«. Wir sind gespannt auf die weiteren Schritte im Sächsischen Landtag und bereit, um die Gemeinschaftsschule als ergänzendes Schulmodell in Sachsen zu kämpfen. Für 2020 planen wir folgende Themenschwerpunkte:

- Podiumsdiskussion zur Inklusion (1. Quartal)
- Vortrag zu psychologischen Auswirkungen von Leistungsdruck in der Schule (2. Quartal)
- Themenabend DAZ (3. Quartal)
- Themenabend zu Fragen der Selektion in der Schule (4. Quartal)

Ingrid Körner

Kontakt

Die AG Bildung ist über die Geschäftsstelle des Stadtverbandes zu erreichen. Oder per Mail unter: florian.berndt@dielinke-dresden.de

GRÜNDUNG AG GESUNDHEIT

Gegen die
Vermarktung
der Gesundheit

In hiesigem Gesundheitssystem müssen schnell grundlegende Änderungen erkämpft werden. Es gilt, die Menschenwürde aller Beteiligten zu schützen! Deswegen wollen wir als AG Gesundheit Dresden das Sichtfeld über den notwendigen Ruf nach mehr Pflegepersonal und besserer Entlohnung hinaus hin zu einer detaillierten Auseinandersetzung mit Marktmechanismen im Gesundheitswesen lenken. Einhergehend wollen wir uns für die Regulation der Einflüsse durch medizinische Industrien auf die Ausbildung und Praxis von Personal einsetzen. Wir stehen ein für eine ganzheitliche medizinische Sichtweise und dementsprechend systemorientierte Behandlung, denn gesundheitliche Probleme sind nie unabhängig der sozioökonomischen Hintergründe der Betroffenen zu verändern. Diesbezüglich müssen wir für die solidarische Ermöglichung von Heilprozessen eintreten.

Sophia Sprunk

Kontakt

Die AG Gesundheit ist über die Geschäftsstelle des Stadtverbandes zu erreichen. Oder per Mail unter: sophia.sprunk@dielinke-dresden.de

Rot-Grün-Rot. Die Zweite

Der Dresdner Stadtvorsitzende zum abgeschlossenen Kooperationsvertrag im Dresdner Stadtrat



Margot Gaitzsch, André Schollbach und Anja Apel (v. l.), daneben SPD-Fraktionschefin Dana Frohwieser (r.)

Anders als 2014 verfügen Grüne, SPD und LINKE nicht mehr über eine absolute Mehrheit im Stadtrat. Aber anders als 2009 verfügen wiederum auch CDU, FDP und Freie Bürger nicht mal ansatzweise über eine Mehrheit. Rot-Grün-Rot kommt mit den beiden linksgerichteten, aber eigensinnigen Stadträten von Piraten und Die PARTEI auf 35 Stimmen. Die CDU (mit einer Stadträtin der Freien Bürger) und die FDP bringen es gemeinsam auf 19 Sitze, die weit rechten Fraktionen AfD und Freie Wähler kommen zusammen auf 16 Mandate. Dazwischen steht ein FDP-Oberbürgermeister, der die Sachen eher laufen lässt als zu steuern, die Fraktionen gegeneinander ausspielt statt breitere Mehrheiten zu suchen, immer bemüht, vom schlechten Image des Stadtrates mit wenig Aufwand selbst zu profitieren. Man kann sich deshalb fragen, ob es sinnvoll ist, sich mit Grünen und SPD auf gemeinsame Ziele und eine Kooperation zu deren Umsetzung zu verständigen. Die Stadtratsfraktion hat genau dies getan und der Stadtparteitag hat es mit breiter Mehrheit so bestätigt. Warum?

1 Gerade weil der OB führungsschwach ist, haben die Fraktionen eine Verantwortung, politische wichtige Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Dazu gehört die Weiterführung von Projekten, die unter Rot-Grün-Rot seit 2014 begonnen wurden: Sozialer Wohnungsbau, Investitionen in das Städtische Klinikum, Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit, ein Sozialticket für Bus und Bahn, die Stärkung der Stadtbezirke und anderes mehr. Zugleich gewinnen neue Aufgaben eine größere Bedeutung: Der Umwelt- und Klimaschutz, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Radwege in einer wachsenden Stadt, der Widerstand gegen den weiteren Aufstieg der extremen Rechten oder auch der Ausbau der Stadtteilkultur trotz oder wegen der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbung.

2 Sowohl in der CDU als auch in der FDP ringen unterschiedliche Kräfte miteinander, manche sind einer stärkeren Zusammenarbeit mit der AfD nicht abgeneigt, andere lehnen diese ab und suchen

eher eine punktuelle Zusammenarbeit mit Rot-Grün-Rot. Eine Prognose über die weitere Entwicklung ist kaum möglich, wahrscheinlich werden sich abhängig vom Thema und von der konkreten Konstellation mal die einen, mal die anderen durchsetzen. Will man dem wachsenden politischen Einfluss der extremen Rechten auch im Stadtrat etwas entgegensetzen, muss man gemeinsame Mehrheiten mit Teilen der »bürgerlichen Mitte« für eine bessere Politik suchen. Dabei hilft es, wenn 33 Stimmen von Grünen, SPD und LINKEN sicher stehen.

3 In Sachsen regiert seit Dezember eine sogenannte Kenia-Koalition (siehe Seite 5) aus CDU, Grünen und SPD, ihr steht eine sehr starke AfD-Opposition gegenüber. DIE LINKE hat die undankbare Rolle der »dritten Geige«. Wenn man nicht will, dass sich dieses politische Muster verfestigt und auch auf die Landeshauptstadt »durchschlägt«, muss man sich aktiv um Alternativen dazu bemühen. Die Dresdner LINKE hat mit der Kooperationsvereinbarung genau dies getan.

Jens Matthis



101. JAHRESTAG

LINKE gedenkt Ermordung Liebknechts und Luxemburgs

Am 12. Januar erinnerte die Dresdner LINKE traditionell an die Ermordung von Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg durch reaktionäre Freikorps im Jahre 1919. »Wer Frieden will, sendet keine Kriegsschiffe in ein anderes Land« zitierte die Vorsitzende des Dresdner Stadtverbandes, Anne Holowenko, in ihrer Rede am Rosa-Luxemburg-Platz die Antimilitaristin und Marxistin und erinnerte in diesem Zusammenhang unter anderem an die aktuellen Aufrüstungsbestrebungen in Deutschland und der NATO. Dank auch an Magnus Hecht für die Vorbereitung der Veranstaltung..

Quo vadis, Kenia?

Was plant die Kenia-Koalition in Sachsen? Was tut sie gegen Armut oder häusliche Gewalt und für gerechtere Bezahlung? Eine kurze Einschätzung zum neuen Koalitionsvertrag.

Als die Koalitionär*innen im Dezember 2019 ihren Vertrag präsentierten, war ihnen die Erleichterung anzumerken. Dass es CDU, SPD und Grüne überhaupt schaffen würden, sich auf einen Vertragstext zu einigen, daran gab es vorab berechnete Zweifel. »Gemeinsam für Sachsen«, lautet das Motto der drei Verhandlungsparteien. Zu den Vorhaben, die sie bis 2024 umsetzen wollen, gehören: Investitionen in Digitalisierung, Ausbau des Nahverkehrs und mehr Bürgerbeteiligung. Und das alles, ohne neue Schulden zu machen.

Viel interessanter ist jedoch, was nicht im Vertrag steht. Etwa die Worte »arm« oder »Armut«. Auf 134 Seiten kommen sie kein einziges Mal vor. Wie sozial wird Sachsen also sein, wenn die Regierung nicht anerkennt, dass jeder sechste Mensch in Sachsen von Armut betroffen ist? Wenn es keine Pläne gibt, um das steigende Risiko von Frauen, im Alter mittellos zu sein, zu verhindern? Wenn Kinderarmut als persönliches Schicksal behandelt wird – und nicht etwa als Folge des riesigen Niedriglohnssektors im Freistaat?

Gut ist, dass sich die Kenia-Koalition vornimmt, das Vergabegesetz zu erneuern. Allerdings wird den Kommunen lediglich empfohlen, bei Aufträgen nur solche Auftragnehmer*innen auszuwählen, die wenigstens branchenübliche Mindestlöhne zahlen. Eine Pflicht dazu gibt es nicht. Indem die Interessen von Unternehmen bei der Konzeption des Koalitionsvertrags offensichtlich Vorrang hatten, ist die Regierung allen Beschäftigten im Land in den Rücken gefallen.

Ähnlich geht es im gesamten Koalitionsvertrag weiter. Die Schritte, die CDU, Grüne und SPD gehen, sind meist zu zaghaft, um



Ein schlagkräftiges Vergabegesetz? Fehlanzeige! Beschäftigte bei öffentlichen Aufträgen werden weiter zu niedrig entlohnt.

Statt einer gemeinsamen Idee: ein Zeugnis vieler Kompromisse

Spuren zu hinterlassen. So lobt zwar der Landesfrauenrat, dass sächsische Gleichstellungsbeauftragte mehr Einfluss bekommen. Und auch die geplante Landeskoordinierungsstelle für Gewaltschutz begrüßt der Verband. Gleichzeitig bemängelt er, dass die neue Regierung kein Paritätsgesetz auf den Weg bringt. Zweiter Kritikpunkt:

Anspruch auf Bildungsurlaub für sächsische Beschäftigte wird es auch mit der Kenia-Koalition nicht geben – obwohl SPD und Grüne die Bildungszeitkampagne des DGB unterstützt hatten.

Fazit: Im neuen Koalitionsvertrag gibt es einige vielversprechende Punkte – der ganz große Wurf ist er aber nicht. Statt einer gemeinsamen Idee von einem sozialen, fortschrittlichen und gerechten Freistaat, zeugt das Papier von den vielen Kompromissen, die CDU, SPD und Grüne gemacht haben. Bleibt abzuwarten, wie viel nun tatsächlich umgesetzt wird. Als Opposition werden wir diesen Prozess im Landtag kritisch und mit eigenen konstruktiven Vorschlägen begleiten. Sarah Buddeberg



Leider aktueller denn je: Mahngang »Täterspuren«

»TÄTERSPUREN«

Zehn Jahre Mahngang

Im 75. Jahr nach Ende der Nazidiktatur ist der Mahngang leider aktueller denn je. Als wir 2011 den ersten Mahngang planten, wollten wir zeigen, dass Dresden nicht die »unbedeutende Kunststadt« mit der »unbedeutenden Rüstungsindustrie« war, wie es nach den Bombenangriffen im Februar 1945 aus dem Propagandaministerium von Joseph Goebbels verbreitet wurde, sondern auch eine Stadt der Täterinnen und Täter. Wir wollten Personen und Tatorte faschistischen Verbrechens ins Bewusstsein rücken. Im Februar 1945 war Dresden die letzte Garnisonsstadt, der letzte noch intakte Bahnknotenpunkt im Osten Deutschlands, eine Stadt mit Rüstungsbetrieben. Das alles haben wir in den bisherigen Mahngängen anhand von historisch verbrieften Fakten dargestellt und so in das Gedächtnis der Gegenwart zurückgeholt. Wir wollen nicht, dass die Ideologie der Verursacher dieses Krieges heute wieder mehr Raum gewinnen kann. Margot Gaitzsch

Stationen und ungefähre Zeiten

Sonntag, 9. Februar

- 13 Uhr: Comeniusstr. 32 (Beginn)
- 13.35 Uhr: Marschnerstr. 8-10
- 13.55 Uhr: Pillnitzer Str. 34
- 14.10 Uhr: Pillnitzer Str./Ecke Mathildenstr.
- 14.45 bis 15.15 Uhr: Rathenauplatz
- 15.35 Uhr: weiter über Neumarkt zur Wilsdruffer Str. und St.-Petersburger-Str. mit Stopp an Trümmerfrau
- 15.55 Uhr: Bürgerwiese
- 16.25 Uhr: Helmut-Schön-Allee/Ecke Lennestraße

Es ist natürlich möglich, sich auch auf einzelnen Abschnitten zu beteiligen.

Mitteilungen aus der Stadtgeschäftsstelle

Öffnungszeiten

Wegen eines Kuraufenthaltes ist die Geschäftsstelle in den Winterferien (10. bis 23. Februar) nur sporadisch besetzt. Bitte beachtet dies und versucht, alle Dinge vor dem 3. Februar oder nach dem 27. Februar zu klären. Vielen Dank!

Termine

Der nächste Stadtvorstand tagt am 27. Februar. Die Koordinierungsgruppe trifft sich parteiöffentlich immer freitags 14 Uhr auf der Empore im Haus der Begegnung.

Hinweis der Landesgeschäftsstelle

Die Zeitschrift »Links!« des Landesverbandes wird ab sofort als Papierausgabe nur noch an Genoss*innen versandt, die dies ausdrücklich wünschen. Dazu müsst Ihr Euch an die Landesgeschäftsstelle wenden:
DIE LINKE. Sachsen
Landesgeschäftsstelle
Kleiststraße 10a
01129 Dresden
Telefon: 0351/853270
Fax: 0351/8532720
kontakt@dielinke-sachsen.de

Eure Kristin Hofmann



HINTERGRÜNDE

Südamerika brennt – zwischen Rechtsruck und Solidarität

Der Bolivianer Rodolfo Choque, welcher sich unter anderem während seiner Reisen durch Stadt und Land intensiv mit dem »Prozess des Wandels« in Bolivien auseinandersetzt und dessen Verwandtschaft unter den momentanen Ereignissen leidet, wird aus erster Hand über Hintergründe und Auswirkungen des Putsches gegen Evo Morales berichten. Hintergründe zur gesamten Lateinamerikapolitik wird Mario Schenk, Doktorand der FU Berlin und Journalist im Netzwerk amerika21 erörtern.

■ 6. Februar, 18 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93



AKTIONEN

Frauenkampftag mit Stand und Feier

Gleich zwei Aktionen plant der Stadtverband rund um den diesjährigen Frauenkampftag. Am 6. März von 9 bis 11 Uhr sind alle Genoss*innen aufgerufen, den nur von Frauen besetzten Infostand am Pirnaischen Platz tatkräftig zu unterstützen. Und am 8. März laden wir euch ein, im »Haus der Begegnung« ab 15 Uhr den Frauentag feiern. Es gibt Musik vom Arbeiter*innenchor, ein frauenpolitisches Quiz und eine spannende Gesprächsrunde mit linken Politikerinnen. Motto der Veranstaltung: »Mit Bart wäre das nicht passiert!«
Uta Gensichen

FEBRUAR/MÄRZ

Termine und Veranstaltungen

Linker Stammtisch Loschwitz

■ 5. Februar, 16:30 Uhr, »Café Luk«, Grundstr. 174

Workshop: Geschichtspolitik von rechts

■ 5. Februar, 19 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21. Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Februar-Stammtisch im Dresdner Westen zum Thema: »Zur Rolle der Treuhandanstalt bei der Abwicklung der DDR-Wirtschaft«

■ 6. Februar, 17 Uhr, AWO, Hainsberger Str. 2

Frauen der Novemberrevolution. Kontinuitäten des Vergessens – Lesung und Gespräch

■ 11. Februar, 18 Uhr, Stadtteilbibliothek Dresden-Neustadt, Königsbrücker Str. 26. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Nur ein Wimpernschlag in der Geschichte?

Der 13. Februar in Dresden – Vortrag und Diskussion
■ 13. Februar, 19 Uhr, Albertinum, Tzschirnerplatz 2. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Infostand Stadtbezirksverband Altstadt am Netto Schäferstraße

■ 14. Februar und 13. März, 17 Uhr

Infostand am Bahnhof Mitte

■ 15. Februar und 14. März, 16 Uhr, Nähe Domäne

Ständige Termine in der »Wir AG«

Offenes Treffen der Linksjugend Dresden
■ Dienstags, 18 Uhr

Stammtisch »Verein Griechischer Bürger in Sachsen«

■ Donnerstags, 10 Uhr

Gegen Geschichtsfälschung, gegen Gleichsetzung Kommunismus-Faschismus

■ 15. Februar, 10 Uhr, »Drogenmühle Heidenau«, Dresdner Str. 26. Eine Veranstaltung von RotFuchs

Stammtisch DIE LINKE Prohlis

■ 17. Februar und 16. März, 18 Uhr, »Querformat« e.V., Otto-Dix-Ring 92

Infostand mit Katja Kipping

■ 18. Februar, 9.30 Uhr, Jobcenter

Rotes Wohnzimmer von Katja Kipping in Dresden-Prohlis

■ 18. Februar, 14.30 Uhr, Eltern-Kind-Büro, Berzdorfer Str. 26

Mitgliederversammlung DIE LINKE Dresden-Nord,

■ 19. Februar, 19 Uhr, Volksolidarität Putzuser Weg

Linke Teestunde

■ 20. Februar und 19. März, 17 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Sitzung des Ältestenrates

■ 25. Februar und 17. März, 9.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Treffen Stadtbezirksverband Pieschen

■ 25. Februar, 19 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Sitzung des Stadtvorstandes

■ 27. Februar, 18.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Neustadt

■ 28. Februar und 27. März, 19 Uhr, »Wulberts Café und Bar«, Rudolfstr. 2

Treffen DIE NEUE

■ 2. März, 18.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Sammlung Cuba Si,

■ 5. März, 10–13 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Sozialberatung im »Haus der Begegnung«

■ Geschäftsstelle DIE LINKE, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93, ausschließlich nach vorheriger Anmeldung per E-Mail (kontakt@dielinke-dresden.de) oder per Telefon (0351/8583801)

»Mit Bart wäre das nicht passiert« – DIE LINKE informiert zum Internationalen Frauentag

■ 6. März, 9 Uhr, Pirnaischer Platz

Zentrale Frauentagsveranstaltung

■ 8. März, 15 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Mitgliederversammlung und Vorstandswahl – Stadtbezirksverband Nord

■ 18. März, 19 Uhr, Volksolidarität Putzuser Weg

Sitzung des Stadtvorstandes,

■ 19. März, 18.30 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

2. Dresdner Friedenspodium

■ 21. März, 10 Uhr, »Drogenmühle Heidenau«, Dresdner Str. 26. Eine Veranstaltung RotFuchs und Dresdner Friedensbewegung

»Lager oder dezentrale Unterbringung« – Diskussion zur Unterbringung von Geflüchteten sowie Aspekte der Erstaufnahmeeinrichtungen

■ 26. März, 18 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 21

Treffen Kommunistische Plattform in der LINKEN

■ Jeden 2. Mittwoch im »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93

Erinnern heißt kämpfen!

Zur Veranstaltung anlässlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz



Gegen das Vergessen. Vor 75 Jahren wurde das Vernichtungslager Auschwitz von der Roten Armee befreit.

Ab wann ist eigentlich etwas eine Tradition? Bereits zum fünften Male organisierte ich am 27. Januar unser Gedenken zum internationalen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus der zugleich der 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz war.

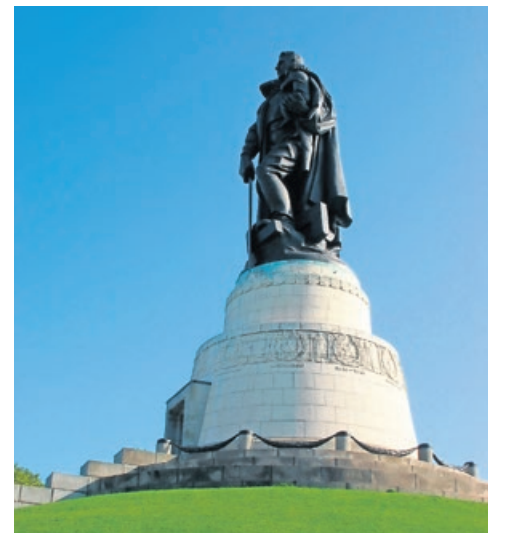
Gemeinsam erinnerten wir mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Anti-

faschistinnen und Antifaschisten, Hatikva – Begegnungsstätte für jüdische Geschichte und Kultur und der URA Dresden den Opfern. Wie auch im letzten Jahr würdigte ein Klezmer-Duo unsere Gedenkveranstaltung. Gemeinsam gedachten wir der Jüdinnen und Juden wie auch der Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuellen, politische Andersdenkenden sowie

Frauen und Männern des Widerstandes, Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, Journalisten*innen, Kriegsgefangenen und Deserteur*innen, Zwangsarbeiter*innen, der Kinder, die dem Faschismus zum Opfer gefallen sind und der Millionen Menschen, welche die Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft spüren mussten.

Gerade in der heutigen Zeit, wo auch weiter Menschenfeinde zu Tausenden auf die Straße gehen, wo Menschenfeindlichkeit nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft propagiert wird, ist es wichtig, wachsam zu bleiben. Es ist wichtig aktiv offensiv gegen Neonazismus, Rassismus und gegen jede Form von Antisemitismus oder anderen Formen von Ausgrenzungen vorzugehen. Damals schwiegen viele, oder schlimmer noch; sie stimmten zu oder schauten weg. Doch wir wollen hinschauen und Faschismus bekämpfen. Deshalb blockieren wir Nazis, wir widersprechen in Schulen und Betrieben, wenn einmal mehr menschenfeindliche Hetze geäußert wird und wir organisieren Stolpersteinverlegungen und Gedenken an die Opfer – denn auch Erinnern heißt kämpfen!

Christopher Colditz



Welch eine üble Symbolik: Zum 75. Jahrestag des Kriegsendes ein NATO-Manöver an den Grenzen Russlands.

SACHSENS LINKE

Unterstützung für Bündnis gegen NATO-Manöver

DIE LINKE. Sachsen unterstützt, wie auch andere Landesverbände, mit Beschluss des Landesvorstandes vom 17. Januar 2020 den Bündnisaufruf gegen das Kriegsmanöver Defender 2020. Gegenwärtig laufen Planungen für friedliche Aktionen gegen das NATO-Manöver. Aktionskonferenzen dazu fanden nach Redaktionsschluss in Hamburg und Leipzig statt. Wir werden, sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, hier und auf digitalem Wege darüber berichten, bzw. Aktionstermine veröffentlichen. *Die Redaktion*

2020 – wir packen's an

Die Dresdner Linksjugend hat einen ambitionierten Jahresplan erstellt

Nach dem stark von Wahlen und Wahlkämpfen geprägten letzten Jahr, stehen im neuen Jahr keine Wahlen in Dresden, Sachsen oder auf Bundesebene an. Die Ressourcen, die wir letztes Jahr für Wahlkämpfe verwendet haben, werden wir also dieses Jahr auf andere Dinge verwenden. Ein Thema, dass sich durch das ganze Jahr ziehen wird, ist, dass wir uns vorgenommen haben noch mehr inhaltlich zu arbeiten. Als eine Möglichkeit dafür nutzen wir zum Beispiel den »wiederbelebten« Tatort »Wir AG«. Bei diesen Treffen am Sonntag bearbeiten und diskutieren wir im lockeren Rahmen verschiedene Themen. Schauen aber kein Tatort. ;)

Ein wichtiger Fokus wird dieses Jahr auch auf uns selbst als Gruppe liegen: Die vielen neuen Mitglieder haben uns schon Ende letzten Jahres dazu bewegt, im Rahmen einer Klausur über unser politisches Selbstverständnis und un-



Die Linksjugend will auch 2020 den sächsischen Verhältnissen trotzen.

sere Arbeitsweise nachzudenken. Das möchten wir im neuen Jahr weiterführen, vor allem aber ist es uns wichtig weiterhin neue Menschen in die Linksjugend einzubinden, sie zu empowern und ihnen Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln.

Natürlich dürfen auch die wiederkehrenden Anlässe, zu denen wir jährlich etwas organisieren nicht fehlen: Wie jedes Jahr werden wir wieder bei verschiedenen Aktionen, wie dem Tag der Arbeit, der BRN und dem Hechtfest, mit Ständen vertreten sein und den Menschen mit Zuckerwatte, Kaltgetränken und Merchandise den Tag versüßen. Besonders wichtig sind für uns auch Queer- und Gleichstellungspolitik und wir freuen uns darauf uns wieder aktiv und inhaltlich am internationalen Tag gegen Homo- Inter- und Transphobie, am CSD und am Internationalen Frauen*kampftag zu beteiligen.

75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Elementar ist für uns die Gedenk- und Erinnerungspolitik. In diesem Jahr jährt sich die Befreiung vom Nationalsozialismus zum 75. Mal. Das haben wir als Anlass genommen, um rund um den 8. Mai verschiedene Veranstaltungen zu diesem Thema zu planen. Den Opfern des Nationalsozialismus haben wir im Rahmen der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und zur Reichspogromnacht gedacht. Wir freuen uns auf ein politisches Jahr voller Veranstaltungen, Aktionen, Demonstrationen, Plena, Stadtparteitagen und politischer Bildung. Falls ihr Lust habt uns dabei dieses Jahr zu unterstützen oder euch selbst einbringen wollt. Wir treffen uns jeden Dienstag um 18 Uhr in der »WirAG«.

Annina Hermes

Iran – wie weiter?

Interview mit Dr. Cornelia Ernst, MdEP
und dort Präsidentin der Iran-Delegation.



Blick auf die iranische Hauptstadt Teheran

Conny, für Dich ist Trump ein »Nero im Weißen Haus«, die iranischen Revolutionsgarden hast Du korrupt genannt. Wünschst Du Dir solche Klarheit auch von anderen?

Der neue Außenbeauftragte der EU, Josep Borrell, hat ebenfalls Klartext gesprochen, er denkt im Grunde wie ich. Aber unklar sind die Haltungen aus den Hauptstädten. Für die Position des deutschen Außenministers, Heiko Maas, kann ich mir nichts kaufen. Dann kann man's auch lassen.

Gilt dies auch für London und Paris?

Selbstverständlich. Da kuscht man tatsächlich vor den USA, was uns Europäern schadet.

Du siehst die USA im aktuellen Konflikt als Aggressor an? Doch hat nicht der ermordete iranische General Qasem Soleimani Anschläge auf US-Einrichtungen angeordnet bzw. geplant?

Man kann schon sagen, dass die Amerikaner hier Treiber des Konfliktes sind. Das gehört auch zu den Wahlversprechen von Donald Trump. Er hat damit 15 Jahre diplomatischer Arbeit und den größten außenpolitischen Erfolg der EU der letzten Jahre kaputtgemacht. Wir waren als Delegation zweimal im

Iran. 2013, als die Atomverhandlungen gerade begonnen hatten, sind wir in eine komplett geschlossene Gesellschaft gefahren. So etwas hatte ich selbst in der DDR nicht erlebt. Wir haben ein riesiges Misstrauen gespürt. 2017 dagegen, nach dem Atom-Abkommen, war das Land offen. Die Hoffnungen auf Europa waren groß. Vieles war freier. Unter den Bildern des Ayatollah haben wir zum Beispiel über Drogen-Prävention gesprochen.



»Die Hoffnungen auf Europa waren groß.«

Dr. Cornelia Ernst

Und hast Du am Iran keine Kritik? Ist da alles gut?

Nein, wenn ich nur an die Menschenrechte denke. Zudem gibt es dort zwei Lager, die moderaten Kräfte um Präsident Rohani und den konservativen Revolutionsführer Chamenei. Das sind einfach zwei Paar Schuhe. Der Präsident kann nur bestimmte Dinge beschließen, andere nicht. Der große Fehler besteht darin, zu glauben, man könne mit mehr Druck von außen positive Veränderungen im Iran herbeiführen. So geht das aber nicht.

Wie soll es denn dann gehen?

Veränderung muss immer von innen kommen. Die Öffnung der DDR zum Beispiel ist anfänglich über das Prinzip Wandel durch Annäherung erfolgt. Sarif hat uns gesagt, dass der Iran etwas mit uns Europäern aufbauen möchte.

Wie klar kannst Du als Präsidentin der Iran-Delegation des Europaparlaments da auch Kritik anbringen?

Wir haben mit dem iranischen Botschafter bei der EU ein sehr offenes Verhältnis gehabt und offen gesagt, dass Oppositionelle weder eingebuchtet und schon gar nicht erschossen werden dürfen.

*Das Interview führte
Heiko Hilker*

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.

Uwe Schaarschmidt

Autor*innen dieser Ausgabe

Florian Berndt, Sarah Buddeberg,
Christopher Colditz, Dr. Cornelia
Ernst, Dr. Margot Gaitzsch,
Uta Gensichen, Claudia Haydt,
Annina Hermes, Kristin Hofmann,
Anne Holowenko, Katja Kipping,
Jens Matthis, Uwe Schaarschmidt,
Sophia Sprunk

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion
wieder. Die Redaktion behält
sich das Recht auf sinnwährende
Kürzungen vor.

Bildnachweise

Harald Schottner/pixelio (2),
Michael Hirschka/pixelio (3),
Martin Heinlein/flicker/die
linke (2), Hansueli Krapf_
commons.wikimedia.org (8),
BlömkeKosinskyTschöpe_
commons.wikimedia.org (3),
Rainer Sturm/pixelio (1),
Uwe Schaarschmidt (4, 5),
jarmoluk/pixabay.com(5),
Diego-Vasquez/pixabay.com(6),
Esther Stosch/pixelio (7)
linksjugend/flickr (7)
Tourismusverein Diehl/pixelio (7)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer
Auflage von 5000 Exemplaren
gedruckt.

Redaktionsschluss

22.1.2020

Die nächste Ausgabe erscheint
voraussichtlich am 19.2.2020

Unterstützung

Die Zeitschrift »Mittendrin«
kann kostenfrei abonniert
werden. Wir freuen uns jedoch
über eine Spende, mit der Sie
das Erscheinen unserer Zeitung
unterstützen.

Spendenkonto:

DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120
1714 16

Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden



Der Skatepark Lingnerallee wird täglich zur Freizeitgestaltung genutzt und muss unbedingt erhalten bleiben (Symbolbild).

FREIRÄUME IN DRESDEN

Wohnungs- und Bürobau um jeden Preis?

Schaut man sich in der Stadt um, hat man den Eindruck, auch die letzte freie Fläche ist gerade recht, um dort Gebäude zu errichten. Das mag zwar zum Beispiel die Wohnungssuchenden freuen, aber Kultur und Sport bleiben dabei auf der Strecke.

Hier einige Beispiele von 2019: Fahrradbügel auf der Rudolf-Leonhardt-Straße verhinderten beinahe das Hechtfest. Das Dude Open Air fand 2018 auf dem Postplatz statt und sollte 2019 an dieser Stelle fortgeführt werden. Doch aus emissionsrechtlichen Gründen durfte es dort nicht mehr stattfinden. Ausweg war, dass die Veranstaltung in den Skatepark Lingne-

rallee verlegt werden sollte. Die Veranstaltung kollidierte dann mit dem Dresdner Nachtskaten zeitgleich an selber Stelle, so dass es am Freitag zu einer Clubvariante umgebaut wurde. Ein Ausweichen auf die Cockerwiese war auch nicht möglich, da zum gleichen Zeitpunkt ein Zirkus dort gastierte.

Schaut man sich die Planungen der Stadt an wird schnell klar, dass die Situation sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen wird, wenn wir in der Bauplanung diese Art der Freizeitgestaltung nicht berücksichtigen. So soll der Bereich Lingnerstadt, Cockerwiese bebaut werden. Bleibt da auf der Cockerwiese noch genügend Raum für Veranstaltungen? Den Skate-

park Lingnerallee nutzen täglich hunderte um dort ihre Freizeit zu verbringen und sich sportlich zu betätigen. Das ist natürlich mit Geräuschen verbunden: Wie werden die Bewohner reagieren, wenn dort eine Wohnbebauung ist? Oder an der geplanten Bebauung der Köpckestraße. Die künftigen Bewohner werden sich im Sommer freuen, wenn sie vom Programm der Kaisermania trotz geschlossener Fenster beschallt werden. Fakt ist, wir sollten uns Bebauungspläne und ihre Auswirkungen nicht nur in wohnungspolitischer Sicht genau anschauen, denn solche Freizeitaktivitäten gehören zu einer lebendigen Stadt und brauchen ihren Platz. *Hans-Jürgen Burkhardt*

Eine halbe Milliarde

Wie Vonovia in Dresden Cash generiert

In letzter Zeit machte die Wohnungsgesellschaft Vonovia, Konzernmutter der WOBA-Gesellschaften in Dresden, republikweit Schlagzeilen mit teils zweifelhaften Mieterhöhungen, falschen Nebenkostenabrechnungen und damit, in 2019 erstmals einen Gewinn von mehr als 1 Milliarde Euro (1,07) erwirtschaftet zu haben. Trotz Pressemitteilung und Vorabinformation in den jüngsten Bilanzen weniger bekannt ist, dass Vonovia den Dresdner Wohnungsbestand im letzten Jahr mit einer halben Milliarde Euro beliehen hat. Besichert ist das zehnjährige Darlehen mit 13.400 Wohneinheiten und mehr als 200 Gewerbeeinheiten mit WOBA-Objekten in Dresden. In den jüngsten Geschäftsberichten liest sich das gleichlautend so:

»Am 7. Januar 2019 haben die Südost WOBA und die Wohnbau Nordwest GmbH (nachfolgend kurz: Wohnbau Nordwest), Dresden, gemeinsam einen Darlehensvertrag mit der Landesbank Baden-Württemberg und der Deutschen Pfandbriefbank AG als Konsortialführer über 500.000 TEuro mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem festen Zinssatz von 1,489 Prozent unterzeichnet, der am 17. Januar 2019 in voller Höhe ausgezahlt wurde. Von dem Gesamtdarlehensbetrag entfallen 301.090 TEuro auf die Wohnbau Nordwest und 198.910 TEuro auf die Südost WOBA. Ein Teil der Bestände der beiden darlehensnehmenden Gesellschaften dienen der pfandbrieflichen Besicherung des Darlehens. [...] Die Erlöse



DIE LINKE kämpft seit Jahren gegen die zweifelhaften Methoden des Mietkonzerns.

aus dieser Finanzierung dienen der allgemeinen Konzernfinanzierung und werden in Form von Intercompany-Darlehen mit einem Zinssatz von 1,689 Prozent an die Vonovia SE weitergeleitet.«

Verschuldung der WOBAs auf Höchststand

Zuletzt standen dabei in der Nordwest Verbindlichkeiten von circa 500 Milli-

onen und Südost 580 Millionen in den Büchern. Sofern diese Situation sich nicht verändert, würden 2019 die Verbindlichkeiten der beiden Woba-Gesellschaften bei Nordwest auf 500 plus 301 auf 801 Millionen Euro und bei der Südost 580 und 199 auf 779 ansteigen, insgesamt auf fast 1,6 Milliarde Euro. Nach dem Verkauf 2006 lagen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bei circa 1,1 Milliarde Euro. Damit errei-

chen die Verbindlichkeiten der ehemaligen WOBA einen Höchststand, heute verteilt allerdings auf insgesamt 38.000 Wohnungen gegenüber 48.000 im Verkaufsjahr 2006.

Ein »Auskehren von Gewinn auf Kredit« ist keine tragfähige Strategie.

2018 hat Vonovia einen Gewinn von 1,07 Milliarde Euro erzielt, wovon fast 750 Millionen an die Aktionäre als Dividende ausgeschüttet wurden. Bezahlen müssen es am Ende so oder so die Mieter. Ein »Auskehren von Gewinn auf Kredit« ist langfristig keine tragfähige Strategie, da die Mieten und damit die bilanzierten Werte der Immobilien nicht endlos weiter steigen können.

Vonovia hat in einer Reaktion die zusätzliche Verschuldung verharmlost und spricht von einem Wert der 38.000 Dresdner Wohnungen von 3,5 Milliarden Euro. Zur Erinnerung, 2006 hatte Dresden in einer umstrittenen Entscheidung die damals noch 48.000 Wohnungen für 1,7 Milliarden Euro verkauft. Ein gutes Geschäft, aber nicht für die Stadt. *Tilo Wirtz*

SOZIALE TEILHABE

Wohnberechtigungsschein kostenlos

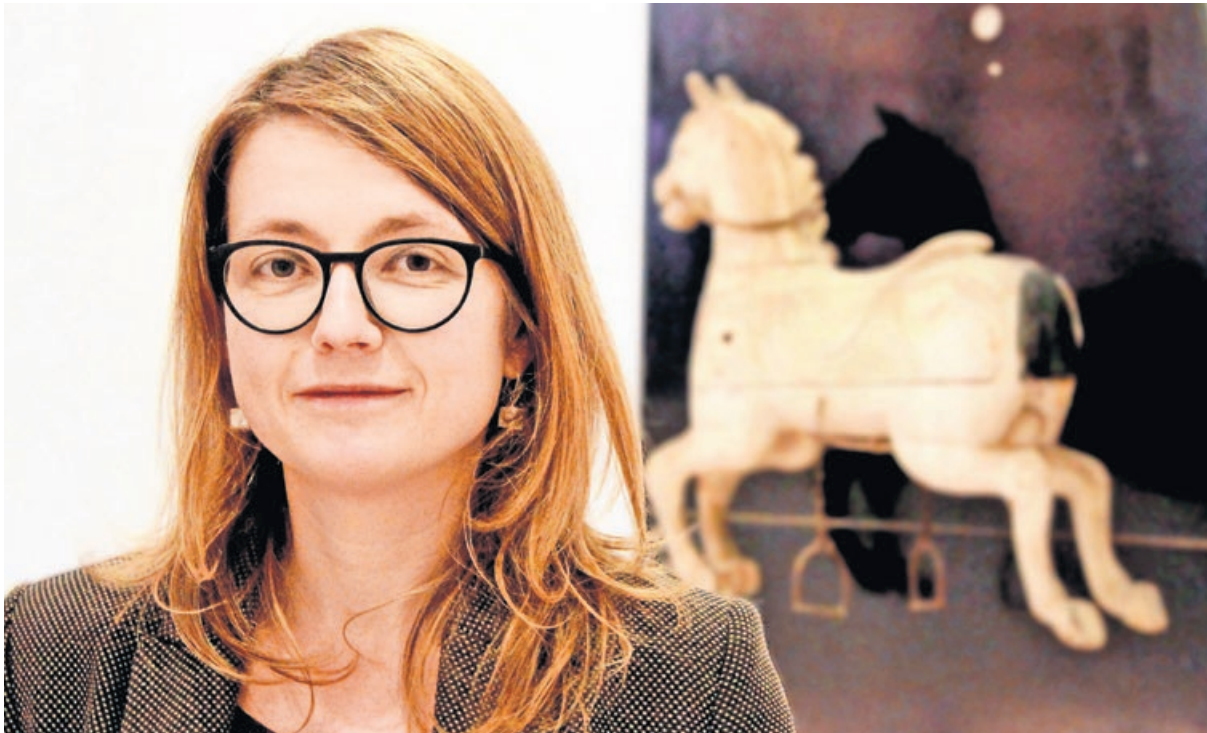
Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung 2019 die gebührenfreie Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen beschlossen. Dazu Stadtrat Christopher Colditz: »Es ist absurd, dass die von Armut Betroffenen bis zu 35 Euro für eine staatliche Hilfeleistung, die sie vor Wohnungslosigkeit schützen soll, zahlen mussten. Diese Regelung wurde auf unseren Antrag hin abgeschafft. Auf die damit bisher eingenommenen 7.449 Euro (2018) kann die Stadtkasse locker verzichten, für die Betroffenen hingegen ist es eine hilfreiche Entlastung. Auch die Verwaltung profitiert von dem Wegfall des bürokratischen Aktes.«

Die Redaktion



Dialogfähig bleiben

Die Dresdner Kulturbürgermeisterin Annekatriin Klepsch zur Bewerbung um die Kulturhauptstadt 2025



Annekatriin Klepsch ist seit November 2015 Bürgermeisterin für Kultur und Tourismus in der Landeshauptstadt Dresden.

Anne, was passiert nun mit den Projekten, die im Rahmen des Bewerbungsprozesses geschaffen wurden? Was braucht es politisch, um diese fortführen zu können?

Die Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas ist zunächst als Stipendium, nicht als Auszeichnung zu verstehen. Insofern haben wir im Bewerbungsbuch Ideen und Projekte skizziert, die wir uns für Dresden vornehmen oder die bereits begonnen wurden. Wichtige Themen, die wir mit der Bewerbung vertieft betrachtet haben, sollen auch in der Zukunft eine Rolle spielen, zum Beispiel die Erweiterung des Kulturbegriffs und die Partizipation von Menschen in der Stadt, ob in Kunst und Kultur oder an Planungsprozessen. Strategien für Themen wie Nachhaltigkeit, Zuwanderung und Digitalisierung müssen uns weiter beschäftigen.

Eine neue Kultur des Miteinanders zu entwickeln ist unverzichtbar für Dresden. Die Bau- und Sanierungsvorhaben beispielsweise, welche die Kultur und Begegnung in den Stadtteilen stärken sollen, werden wie geplant fertig gestellt. Dazu gehört der Palitzschhof in Prohlis, der Neubau des Johannstädter Kulturtreffs und die Sanierung der Villa im Kraftwerk Mitte als Interkulturelles Zentrum.

Das neue Instrument der Projektförderung über die Stadtbezirksbeiräte wurde 2019 erfolgreich eingeführt und bleibt bestehen. Ebenso werden Projekte der Kulturellen Bildung wie die Schaffung weiterer Schulbibliotheken, die Weiterentwicklung der Dresdner Schulkonzerte und die Entwicklung von Singeklassen in Grundschulen eine wichtige Rolle spielen. Dem Stadtrat werden wir da-

zu in den nächsten Wochen eine Vorschlagsliste vorlegen.

Im Rahmen des Bewerbungsverfahrens herrschte der Anspruch, dass alle Bürger*innen am Prozess teilhaben können. Ist dies bei bestimmten Diskussionsthemen und bestehenden politischen Differenzen überhaupt möglich? Wie diskursfähig ist die Stadt?

Zweifelloos gibt es Grenzen im politischen und rechtlichen Raum hinsichtlich der Gesprächspartner und Akteure, die man nicht überschreiten darf. Dialogfähig zu bleiben, um im Interesse unseres Zusammenlebens und in der Debatte Kompromisse zu finden, muss unser Ziel sein. Diskursfähigkeit einer Stadt ist schwer messbar, aber als Prozess und Qualitätsmerkmal eine gute Zielstellung.

Das Interview führte Jana Neveling

ANNE HOLOWENKO IM GESPRÄCH

Für eine soziale Stadt

Aus welcher Motivation heraus hast du letztes Jahr, nunmehr erfolgreich, für den Stadtrat kandidiert?

Der spürbare Rechtsruck quer durch unsere Gesellschaft hat mich vor vier Jahren dazu bewogen in DIE LINKE einzutreten. Ich habe mich von Anfang an aktiv in unsere Partei eingebracht. Bei meiner Tätigkeit als Stadtbezirksbeirätin in Plauen habe ich Gefallen an der praktischen politischen Arbeit gefunden. Deshalb lag für mich eine Kandidatur für den Dresdner Stadtrat auf der Hand. Ich bin angetreten, um mich für die soziale und nachhaltige Gestaltung unserer Stadt zu engagieren.

Welche politischen Ziele verfolgst du als Stadträtin in der gegenwärtigen Wahlperiode?

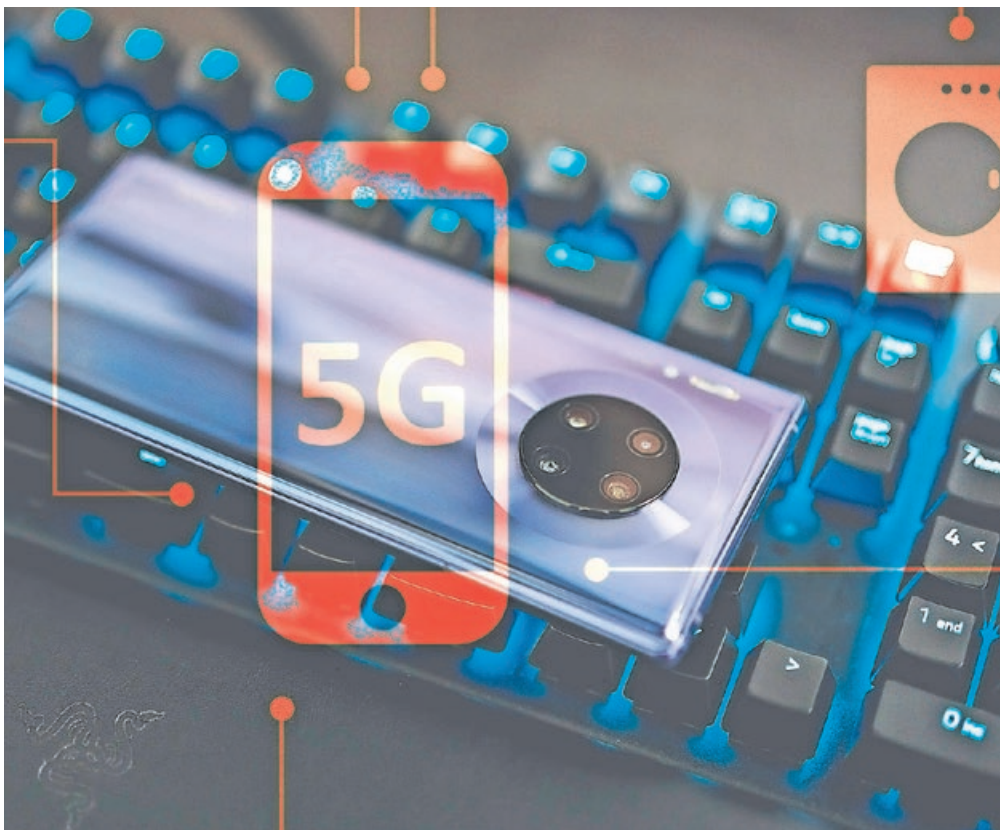
Ich bin Mitglied im Bildungs-, Kultur-, und Bauausschuss. Das sind drei politische Themenfelder, an denen der Grad der sozialen Gerechtigkeit in unserer Stadt besonders gut messbar ist. Ich möchte mich für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Stadtleben einsetzen. Deshalb werde ich unter anderem für das Gymnasium in Gorbitz und die Deckelung der Kita-Elternbeiträge kämpfen.

Die Schaffung attraktiver Kultur- und Nachbarschaftszentren ist mir eine Herzensangelegenheit. Eine perspektivische Senkung der Fahrpreise der DVB halte ich im Sinne eines zukunftsfähigen Verkehrskonzepts für unverzichtbar. Dazu gehört auch der massive Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes. Bei allen anstehenden politischen Entscheidungen werde ich die Rattenfänger von der AfD scharf im Auge behalten und wenn nötig in ihre Schranken weisen.

Das Interview führte Jana Neveling



Stadträtin Anne Holowenko ist Mitglied in den Ausschüssen für Kultur, Bildung und Stadtentwicklung, Bau und Verkehr



Neuer Standard

Die 5G-Technologie: Fragen der technologischen Notwendigkeit, des Gesundheitsrisikos und eines Entscheids durch Bürger*innen

Die Einführung der 5G-Technologie ist seit geraumer Zeit in aller Munde und führt zu vielen Kontroversen in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit – vom Bund bis zur Kommune. So schwirrt aktuell ein Antrag der Freien Wähler über 5G, die Gefahren und einem Bürger*innenscheid durch alle Stadtbezirks- und Ortschaftsräte.

Nach einer repräsentativen Umfrage des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS)¹ glaubt fast die Hälfte (49,2 Prozent) der deutschen Bevölkerung, dass Handystrahlung das Erbgut schädigt.² Das BfS weist anlässlich der Internationalen Funkaustellung darauf hin, dass es unterhalb geltender Grenzwerte keinen Nachweis für gesundheitliche Auswirkungen des Mobilfunks gibt – das gilt auch für 5G.³ Das Wort Strahlung klingt erst einmal gefährlich, aber es muss zwischen ionisierender und nichtionisierender Strahlung unterschieden werden. Bei Mobilfunk handelt es sich um sogenannte nichtionisierende Strahlung. Die bisher einzige nachgewiesene Wirkung ist die Erwärmung.⁴ Als ionisierende Strahlung wird dagegen etwa Röntgenstrahlung, Strahlung durch radioaktives Material, oder auch die UV-Strahlung des Sonnenlichts bezeichnet. Die kann Elektronen aus Atomen oder Molekülen herauslösen und dadurch zu chemischen Veränderungen im Sinne von Mutationen führen.

Der Mobilfunk ist standardisiert und öffentlich.⁵ 5G ist kein homogenes Netz, das sich über das Land erstreckt. Es gibt die Sendemasten mit Elektronik, die am IP-basierten Kernnetzwerk hängen, das Kernnetzwerk hängt wiederum am Internet. Die Funktionsweise von 5G und 4G (LTE) ist in etwa identisch. Bei 5G

wird das Frequenzspektrum auf 3,5 Ghz erweitert, neben den bestehenden 1,8 und 2,6 Ghz für Städte und 800 MHz für ländliche Räume. In der Praxis erfolgt eine Kombination von 4G (LTE) und 5G (NGN) in Form von Kanalbündelung. 5G erhöht dabei die Bandbreite und die Geschwindigkeit als eine Art Speedbooster.⁶

Eine Fortsetzung zu diesem Thema gibt es in der nächsten Zeitungsausgabe.

Katharina Hanser

1 Das BfS ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Wesentliche Aufgaben sind die Sicherheit und der Schutz von Mensch und Umwelt vor Schäden durch ionisierende und nichtionisierende Strahlung.

2 BfS: Was denkt Deutschland über Strahlung? (27.11.2019), <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0221-2019110720000>

3 Ebd. Pressemitteilung (02.09.2019), <https://www.bfs.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/BFS/DE/2019/015.html>

4 Ebd. (04.10.2019), <https://www.bfs.de/DE/mediathek/multimedia/video/emf/emf-mobilfunk-5g.html>

5 3rd Generation Partnership Project (3GPP) ist eine weltweite Kooperation von Standardisierungsgremien für Mobilfunk und die zugehörigen Spezifikationen für UMTS, GSM, LTE und 5G, <https://www.3gpp.org/>

6 Chaos Computer Club: GPN 2019 (01.06.2019), <https://media.ccc.de/v/gpn19-75-5g-was-ist-das-eigentlich->

Nächster Teil

Der Debattenstand in Politik und Wirtschaft und sich daraus ergebende Risiken und Vorteile – von Katharina Hanser

Schlagworte zweiter Teil

Marketing, Überwachung, Kommune, Freie Wähler, Praxis, Nutzen für User

VORJOHANN'S HINTERLASSENSCHAFT

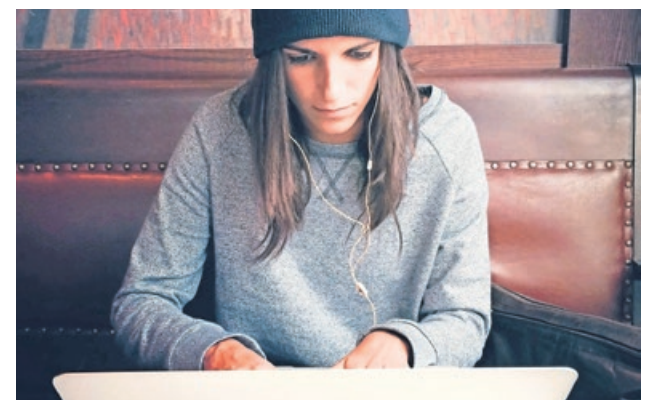
Vergifteter Apfel

Ohne Rücksprache mit den Bildungspolitik*innen brachte der ehemalige Bildungsbürgermeister Vorjohann (CDU) vor seinem Abgang noch schnell eine Vorlage in den Umlauf, die den vor zwei Jahren beschlossenen Schulnetzplan verändert. Das Gymnasium Gorbitz, welches dieses Schuljahr die ersten SchülerInnen aufgenommen hat, soll den Stadtteil verlassen und in ein neu zu bauendes Gebäude an der Freiburger Straße verlagert werden. Uns ist der Standort in Gorbitz besonders wichtig, um den Zugang für die Gorbitzer zum Gymnasium zu vereinfachen, eine Frage der Bildungsgerechtigkeit. Das Berufsschulzentrum »Gehe«, ebenfalls in Gorbitz und sich mit dem Gymnasium ein Gebäude teilend, sollte nach unseren

Wird die hart erkämpfte Planung in diesem Umfang abgeändert, wirft das die Vorhaben weit zurück.

verabschiedeten Plänen ein neues Gebäude in Prohlis erhalten und durch ein Berufsgymnasium erweitert werden. Die Vorlage wird nun in den Ausschüssen besprochen und dann im Stadtrat beschlossen. Der Ausgang ist völlig offen.

Dabei steht der Bereich Bildung bereits vor großen Herausforderungen. Fünf weitere Schulen müssen unter der Leitung des Schulverwaltungsamtes gebaut werden. Dabei können wir die Bauvorhaben zur Entlastung der Verwaltung nicht wie beim Schulstandort Tolkewitz an einen Generalunternehmer abgeben. Denn OB Hilbert hat den Kammern (Handwerkskammer, Architektenkammer) versprochen, dass nur noch das neue Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz von einem Generalunternehmer geleitet wird. Als wären diese



Im gerade veröffentlichten dritten Bildungsbericht zeigt sich, dass Bildungserfolg nach wie vor an die Herkunft und an das Geschlecht – Mädchen sind deutlich erfolgreicher – gekoppelt ist.

Vorhaben nicht schon herausfordernd genug sind die wichtigen Führungspositionen in der Bildung derzeit unbesetzt: keine*n Bildungsbürgermeister*in, keine Leitung des Schulverwaltungsamtes und des Jugendamtes.

Wird nun die von uns hart erkämpfte Schulplanung noch einmal in diesem Umfang abgeändert, wirft das unsere Vorhaben zeitlich weit zurück. So besteht die Gefahr, dass wir in Zukunft nicht jedem Kind ein Schulplatz werden anbieten können. Dabei ist doch genau das unsere Aufgabe: Jedem Kind einen Schulplatz in sanierten Schulen bieten, den Grundschüler*innen wohnortnah und den Älteren mit einem akzeptablen nicht so langen Weg.

Anja Apel

SOZIALE TEILHABE

Trinkbrunnen im Hauptbahnhof

Auf einer Initiative der ehemaligen Stadträtin Rica Gottwald hin, wurde Anfang Dezember 2019 im Dresdner Hauptbahnhof durch die Drewag und Deutsche Bahn ein Trinkwasserbrunnen im Bahnhofsgebäude in Betrieb genommen.

»Das ist nicht nur ökologisch ein großer Schritt, sondern auch sozial«, sagt Rica Gottwald. »Der Brunnen hilft nicht nur, besonders an heißen Tagen den Abfall leerer Getränkeflaschen zu vermeiden, sondern ist auch für Menschen gedacht, die sich abgefülltes Wasser in den umliegenden Läden nicht ohne Weiteres kaufen könnten.« Die Kosten für den Trinkwasserverbrauch trägt übrigens die Drewag.

Die Redaktion



Rica Gottwald (DIE LINKE, links im Bild) testet den neuen Trinkwasserbrunnen.



Hartmut Vorjohann (CDU) war von 2017 bis Ende 2019 Beigeordneter für Bildung und Jugend in Dresden.

GANZHINTEN LINKS

Glücksgriff des Ministerpräsidenten

Von einer Win-Win-Situation spricht man, wenn von einer Entscheidung alle Betroffenen einen Vorteil haben. Das kommt in der Politik leider selten vor, hin und wieder aber doch.

Ein solcher Glücksgriff gelang dem sächsischen Ministerpräsidenten, als er kurz vor Weihnachten den Dresdner Bildungsbürgermeister Vorjohann (CDU) zum Finanzminister ernannte.

Dass der Ernante einen Vorteil hat, liegt auf der Hand. Er steigt recht deutlich in der Gehaltsklasse. Auch der Vorteil des Ministerpräsidenten ist beachtlich. Er bekommt einen eloquenten Kassenwart, der mit Geld jonglieren

kann. Es dürfte ihm angesichts eines ungedeckten Koalitionsvertrages nicht schwerfallen, immer dann Geld zu »finden«, wenn CDU-Projekte umgesetzt werden sollen, aber vor dramatischen Haushaltslöchern zu warnen, wenn die roten und grünen Koalitionspartner ihren Teil aus dem Koalitionsvertrag einfordern. Dass er dieses Spiel perfekt beherrscht, hat er bis 2016 als Dresdner Finanzbürgermeister unter Beweis gestellt. Und schließlich gehört auch der Dresdner Stadtrat zu den Gewinnern. Er erhält endlich die Möglichkeit, eine fachlich und menschlich geeignete Person in das Amt des Bildungsbürgermeisters zu wählen.

Jens Matthis

ANTRÄGE

Gemeinwohl-Ökonomie in Dresden

Der Stadtrat befasst sich in der ersten Sitzung des Jahres auf Antrag von LINKEN und Grünen mit der Frage, wie die Gemeinwohl-Ökonomie gestärkt werden kann. Die Fraktionen wollen den Oberbürgermeister mit der Prüfung beauftragen, wie die Stadt Dresden die Gemeinwohlbilanzierung Dresdner Unternehmen unterstützen kann, um deren Engagement für ökologische Nachhaltigkeit, Menschenwürde und Mitbestimmung zu stärken. Die Gemeinwohl-Ökonomie möchte ein ethisches Wirtschaftsmodell zum Wohle von Mensch und Umwelt etablieren.

Die Redaktion



Ressourcen und Rohstoffe, die in Dresden genutzt werden, sollen zukünftig besser sozialen, ethischen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden.

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresder Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
Fax: 0351/4882823
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Hans-Jürgen Burkhardt, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Tilo Kiebling, Caroline Lentz, Jens Matthis, Jana Neveling, André Schollbach, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Geschäftsstelle (1,3); Lupo/pixelio (2); Alicja/pixabay (2); Tumis/pixabay (2); Tom Wittig (3,6); DynaMoToR/wikipedia (4); inkje/photocase.de (4); Fotoarchiv Fraktion (4,8); Cernunnos/pixabay (5); Utzel-Butzel/photocase.de (5); Frank Grätz (6); Daniel Heine (6); Tianya1223/pixabay (7); Jörg Trampert/pixelio (7); Jana Neveling (8); annca/pixabay (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papieraussgabe wird in einer Auflage von 5000 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss

19.1.2020

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat